

Wahlprüfstein „Altes Gericht“ - Stellungnahmen der Parteien

Wahlprüfstein der Initiative „Altes Gericht“, vorgestellt am 15.02.16:

"Bisher haben 6000 BürgerInnen durch ihre Unterschrift den Vorschlag unterstützt, das Alte Gericht als "Haus der Stadtkultur und Stadtgeschichte" zukünftig kulturell-öffentlich zu nutzen. Die derzeit vorgesehene Privatisierung des ehemaligen Land- und Amtsgerichts durch Wohnungsnutzung stößt dagegen auf vielfache Kritik. Da die Hochschule Fresenius inzwischen die Umsetzung ihres Neubauprojektes auf dem südlichen Teil des ehem. Gerichtsgrundstücks in Angriff genommen hat, kann jetzt eine breite öffentliche Diskussion zur Zukunft des historischen Gerichtsgebäudes beginnen.

Die Bürgerinitiative „Haus der Stadtkultur im Alten Gericht“ fordert daher, umgehend eine öffentliche Diskussion über die Zukunft dieses Gebäude zu eröffnen und eine Bürgerversammlung dazu einzuberufen. An dieser Diskussion sind neben den Bürgerinnen und Bürgern auch die LH Wiesbaden, das Land Hessen so wie alle interessierten Gruppen zu beteiligen. Die Eignung des Gebäudes zu einer vorrangig öffentlich-kulturellen Nutzung sowie die hierfür geeignete Rechtsform und Möglichkeiten der Finanzierung sollen unabhängig und ergebnisoffen geprüft werden. Bis zur Klärung dieser Fragen dürfen keine Beschlüsse und Maßnahmen getroffen werden, die einer öffentlichen Diskussion vorgreifen und die die daraus hervorgehenden vielfältigen Nutzungskonzepte verhindern könnten.

1. Unterstützen Sie diesen Vorschlag?

a) Wenn ja, wie wollen Sie sich nach der Wahl für seine Verwirklichung einsetzen?

b) Wenn nein, warum nicht?

Stellungnahme AfD

Von: "Eckhard Mueller" <Dr.Mueller.Eckhard@gmx.de>

Datum: 26. Februar 2016 18:28:15 MEZ

An: F.Kluge@hochschule-trier.de

Betreff: Aw: Re: AltesGericht - Modellrechnung

Sehr geehrter Herr Professor Kluge,

in der Veranstaltung der Initiative "Haus der Stadtkultur und Stadtgeschichte" am 15.02.2016 in den Räumen der Casino-Gesellschaft hatte ich in einer kurzen Stellungnahme zum Ausdruck gebracht, dass ich der von der Initiative vorgeschlagenen Vorgehensweise zustimme, die Eignung des Gebäudes "Altes Gericht" für eine vorrangig öffentlich-kulturelle Nutzung unabhängig und ergebnisoffen prüfen zu lassen.

Den Kandidaten der Alternative für Deutschland, die in der Wahl am 06.03.2016 als Vertreter für die Stadtverordnetenversammlung gewählt werden, werde ich vorschlagen, einen entsprechenden Antrag der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen oder einen vergleichbaren Antrag einer anderen Partei zu unterstützen.

In unserem Kommunalwahlprogramm, das am 23.01.2016 in einer Kreishauptversammlung verabschiedet wurde, ist die Forderung nach der Einrichtung eines Stadtmuseums in in einem bereits bestehenden Gebäude enthalten. Es ist im Internet unter www.afd-wiesbaden.de zu finden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Eckhard Müller

Kreissprecher
Kreisverband Wiesbaden
im Landesverband Hessen
der Alternative für Deutschland

Stellungnahme ALFA

Sehr geehrter Herr Prof. Kluge, nachstehend übersende ich Ihnen, in Beantwortung Ihrer E - Mail Anfrage vom 17. Februar 2016 , die Stellungnahme des Regionsverbandes der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) zu Ihren Wahlprüfsteinen Altes Gericht. „ALFA unterstützt den Vorschlag der „Initiative HDSK“. Als Partei, die sich gerade für Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide nach dem Schweizer Vorbild einsetzt, stehen wir hinter der Forderung der Bürgerbeteiligung. In keinem Fall darf vor der Konstituierung der neuen Stadtverordnetenversammlung eine Stadt und Land bindende Entscheidung getroffen werden. Eine ergebnisoffene Diskussion halten wir für sinnvoll. Dabei sollten auch die Lage des alten Gerichts abseits der Touristenwege und das Erfordernis, bezahlbaren Wohnraum in Wiesbaden zu schaffen, berücksichtigt werden. Darüber hinaus müssen die Belange des Denkmalschutzes in jedem Fall für den denkmalgeschützten Gerichts-Altbau beachtet werden. Wir würden es für angemessen halten, das Stadthistorische Museum in einem historischen innenstadtnah gelegenen Gebäude unterzubringen. Eine ALFA-Fraktion in der neuen Stadtverordnetenversammlung wird eine dementsprechende Entscheidungsvorlage unterstützen und selbstverständlich jedes Ergebnis eines Bürgerentscheides respektieren.“ Ihre Veranstaltung am 15.02 in der Casino-Gesellschaft kann man nur als gelungen bezeichnen. Mit besten Grüßen Ass. jur. Ivo Buchta ALFA - Allianz für Fortschritt und Aufbruch Regionsverband Wiesbaden Regionsvorsitzender Am Hang 27 65199 Wiesbaden Tel.: 0611 - 461242 Mobil: 0170 - 6938592 ivobuchta@yahoo.de alfa.wiesbaden@yahoo.de

Stellungnahme BLW

Von: Thorsten Reiß Verlag <thorstenreiss@thorsten-reiss-verlag.de>

Datum: 24. Februar 2016 19:00:06 MEZ

An: "Prof. Franz Kluge" <F.Kluge@hochschule-trier.de>

Betreff: Re: Altes Gericht - Modellrechnung

Sehr geehrter Herr Prof. Kluge,

die Bürgerliste Wiesbaden hat sich schon 2007 für ein Haus der Sammlungen im Alten Gericht ausgesprochen.

Natürlich unterstützen wir Bürgerbeteiligung in jeder Form.

In welcher Form wir uns nach der Wahl dafür einsetzen können ist abhängig von der Anzahl der Stadtverordneten, die die Bürgerliste nach der Kommunalwahl im Stadtparlament vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

Thorsten Reiß

Thorsten Reiß Verlag

Hundsgasse 14

65205 Wiesbaden

Tel: 0611 701963

thorstenreiss@thorsten-reiss-verlag.de

USt.-IdNr.: DE113951983

Stellungnahme CDU

Sehr geehrter Herr Professor Kluge,

vielen Dank für Ihre Mail vom 17. Februar 2016. Für die Beantwortung der Fragen verweisen wir an dieser Stelle noch einmal auf unser Schreiben vom 18. Juni 2015.

Mit freundlichen Grüßen

Stellungnahme FDP

Freie Demokraten

Wiesbaden, den 25. Februar 2016


Sehr geehrte Damen und Herren,

die Freien Demokraten unterstützen grundsätzlich eine Nutzung des „Alten Gerichts“ als Wohngebäude. In Wiesbaden allgemein – insbesondere in der Innenstadt – fehlt Wohnraum nicht nur in den tiefen Preisklassen, sondern auch im höherwertigen Bereich. Das Fehlen hochklassigen Wohnraums führt auch dazu, dass in der Innenstadt Haushalte in Wohnungen im Niedrigpreis Segment wohnen, obwohl sie sich eine teurere Wohnung leisten könnten. Der Wille in der Innenstadt wohnen bleiben zu können, ist jedoch oft stärker als der Wunsch nach einer besseren Wohnung. Diesem Sachverhalt könnte mit neuen, hochpreisigen Wohnungen teilweise Abhilfe geschaffen werden und die Wohnungen frei werden für neue Mieter. Wir sehen auch nicht, wieso durch dieses Projekt die soziale Durchmischung des Viertels gefährdet sein sollte. Daher haben wir den Planungen im Ortsbeirat und in der Stadtverordnetenversammlung auch zugestimmt.

Nichtsdestotrotz nehmen wir zur Kenntnis, dass in den letzten Monaten ein neuer Wunsch in der Bürgerschaft aufkam: Die Nutzung des Gebäudes u.a. für ein Stadtmuseum.

Wie Sie sicherlich wissen, haben wir uns unermüdlich für ein Stadtmuseum an der Wilhelmstraße 1 eingesetzt und dafür auch verschiedene Vorschläge nach dem Scheitern des OFB-Deals von CDU und SPD auf den Tisch gelegt. Leider ist keine davon bis heute Realität geworden.

Wir sind daher bereit, das Alte Gericht als Standort zu prüfen. Wir glauben jedoch, dass es vor einer Realisierung viele Hürden gibt, die bisher von Ihnen und auch von Teilnehmer auf dem Podium beiseite gewischt werden. Diese Hürden müssten in einer Prüfung überwunden werden. Mehr wird Ihnen auch keine andere Partei versprechen können, wenn sie nicht unredlich handelt. Folgende Bedingungen müssen erfüllt sein:

- 1. Die Stadt Wiesbaden und das Finanzministerium als Vertreter des Landes müssen sich einig werden.**

Es stimmt, dass das Land ohne neuen Bebauungsplan (der von den städtischen Gremien beschlossen werden muss) kaum eine neue Nutzung in diesem Gebäude realisieren kann. Umgekehrt gilt aber auch: Ohne Zustimmung des Landes kann weder die Stadt noch ein anderer privater oder öffentlicher Investor dort tätig werden.

Die auf der Veranstaltung am 15. Februar gemachte Hoffnung, dass Land könne der Stadt das Grundstück für einen symbolischen Preis überlassen, halten wir für völlig realitätsfern, schließlich ist allein das Grundstück nach Bodenrichtwert mehrere Millionen Euro wert. Ich selbst fände ein solches Vorgehen der Landesverwaltung – angesichts eines Schuldenstandes von über 50 Milliarden Euro – auch etwas befremdlich.

2. Der Umzug der Hochschule Fresenius darf nicht gefährdet werden.

Für uns hat die Ansiedlung der Hochschule Fresenius allerhöchste Priorität. Sie ist ein wichtiger Meilenstein in unserem Bestreben, Wiesbaden zu einem ausgezeichneten Hochschulstandort zu machen und noch wichtiger für die Belebung des Viertels als ein mögliches Stadtmuseum. Wir sind vom Konzept der Hochschule und den handelnden Personen überzeugt und stehen auch bei Ihnen im Wort. Sollte die Hochschule Fresenius die Ansiedlung des Stadtmuseums ablehnen oder sich durch eine Umplanung Verzögerung im Bauzeitplan der Hochschule ergeben, werden wir das Projekt „Stadtmuseum ins Alte Gericht“ stoppen.

3. Es kann ein tragfähiges Museumskonzept entwickelt werden.

Im bisherigen Konzept, das von der zuständigen Arbeitsgruppe der Stadt erarbeitet wurde, galt der Grundsatz „form follows function“, also ein Museumsbau nach den Bedürfnissen des Konzepts. Dieser Grundsatz müsste bei einem Umzug in das „Alte Gericht“ wohl aufgegeben werden. Wir glauben jedoch den Worten des Direktors des Landesmuseums, Dr. Alexander Klar, dass sich ein Stadtmuseum grundsätzlich auch in ein altes Gebäude einfügen kann. Ein solches Konzept müsste jedoch ebenfalls entwickelt und anschließend beurteilt werden.

4. Es kann ein tragfähiges Finanzierungsmodell gefunden werden.

Dieser Punkt wird auch beim dritten Male über Wohl und Wehe des Projekts entscheiden. Das erste Mal ist das Stadtmuseum gescheitert, als der grünen Kulturstadträtin Thies die Kosten aus dem Ruder gelaufen sind, das zweite Mal am dilettantischen Vorgehen von CDU und SPD. Ein drittes Scheitern würde wohl das endgültige Ende bedeuten.

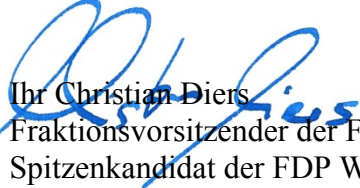
Daher bedarf es eines neuen Konzeptes, das auch in für die Stadt schweren Zeiten wirtschaftlich plausibel und vertretbar ist und gleichzeitig den Anforderungen, die jeder an ein attraktives Museum stellt, gerecht wird.

Dies betrifft insbesondere die Sanierungs- bzw. Herstellungskosten sowie die Bauunterhaltung. Für uns kann dabei die von Ihnen zur Verfügung gestellte Kalkulation nur eine grobe Grundlage sein. Insbesondere wurden bei dieser Kalkulation die Instandhaltungskosten des Gebäudes völlig außer Acht gelassen. Diese würden sich sicherlich auf einen sechsstelligen Betrag jährlich summieren. Zudem besteht noch keine Klarheit über den tatsächlichen Zustand der Bausubstanz. Eine Kostenberechnung sowie ein daran anschließender Wirtschaftsplan müssen beide Faktoren zwingend berücksichtigen. Wir glauben deshalb nicht, dass sich ein Stadtmuseum in dem von Ihnen beschriebenen Kostenrahmen realisieren lässt. Auch bei geringfügig höheren Kosten könnten wir einer Realisierung jedoch zustimmen, wenn die übrigen finanziellen Rahmenbedingungen passen.

In unserem Wahlprogramm treten wir außerdem für eine Prüfung eines Standortes an der Friedrich-Ebert-Allee, auf der anderen Seite des Landesmuseums ein. Die Ergebnisse dieser Prüfung würden wir ebenfalls in die Standortentscheidung miteinbeziehen. Wir glauben immer noch daran, dass Wiesbaden ein Stadtmuseum braucht. Für das Geschichtsbewusstsein, unsere Weltkulturerbebewerbung und das Selbstverständnis Wiesbadens wäre ein Bau ein wichtiges Signal.

Für weitere Fragen stehe ich Ihnen natürlich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Ihr Christian Diers
Fraktionsvorsitzender der FDP-Rathausfraktion
Spitzenkandidat der FDP Wiesbaden

Stellungnahme FW

Von: Hans-Georg Kroll <hg.kroll@fwwiesbaden.de>

Datum: 26. Februar 2016 14:30:55 MEZ

An: kluge@fh-trier.de

Betreff: Altes Gericht

Lieber Franz Kluge,

die Freien Wähler befürworten und unterstützen die Vorschläge der Initiative HDSK.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Georg Kroll
Kreisvorsitzender

www.hgkroll.de
hg.kroll@fwwiesbaden.de

Stellungnahme Grüne

Von: "Claus-Peter Große" [<mailto:cpgauringen@web.de>] Gesendet: Freitag, 26. Februar 2016 11:47 An: kluge@fh-trier.de; Erika Noack <erika.noack@noack-immobilien.de> Cc: Christiane Hinnerger <christiane.hinnerger@t-online.de>; "Konny Küpper" <konny.kuepper@gruene-wiesbaden.de>; Daniel Sidiani <daniel.sidiani@yahoo.de> Betreff: Beantwortung des Wahlprüfsteins der Initiative „ Altes Gericht“, vorgestellt am 15.02.16

Sehr geehrte Damen und Herren, anbei finden Sie die Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der von Ihnen formulierten Fragestellung. Wir bitten, die späte Beantwortung zu entschuldigen. Für weitere Gespräche stehen wir sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Claus-Peter Große
Listenkandidat Platz 2
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/ Die Grünen begrüßt das große bürgerschaftliche Engagement zum Erhalt des Alten Gerichtes. Dieses Engagement darf nicht verhallen, sondern muss nach den Grundsätzen der Bürgerbeteiligung breit zur Diskussion und zur Prüfung gestellt werden. Das geht natürlich nur, wenn keine Entscheidungen getroffen sind, die diesen Prozess obsolet machen würden.

Wir unterstützen daher den Vorschlag, eine öffentliche Diskussion über die Zukunft dieses Gebäude zu eröffnen und eine Bürgerversammlung dazu einzuberufen sowie die Eignung des Gebäudes und die Möglichkeiten der Finanzierung unabhängig und ergebnisoffen zu prüfen.

Nach der Kommunalwahl werden wir uns dafür einsetzen, dass mit dem Land Gespräche geführt werden mit dem Ziel, zunächst alle Aktivitäten des Landes anzuhalten und in den Diskussions- und Prüfungsprozess einzusteigen.

Stellungnahme Die Linke

Von: Hartmut Bohrer <hartmutbohrer@email.de>

Datum: 26. Februar 2016 14:58:17 MEZ

An: "<coigne.mechthilde@web.de>" <coigne.mechthilde@web.de>, Brigitte Forßbohm <forsbohm@t-online.de>

Betreff: Wahlprüfstein - Antwort

Ja, wir unterstützen den Vorschlag der Initiative für ein Haus der Stadtkultur voll und ganz. Einen - auch "teilweisen" - Umbau des Kulturdenkmals Altes Gericht zu Wohnungen lehnen wir entschieden ab. Vom öffentlichen, gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen Nassauische Heimstätte (NH) erwarten wir, dass es preisgünstige, für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen erschwingliche Wohnungen schafft und ihr Eigenkapital nicht für die Schaffung von Wohnungen einsetzt, die 15 € pro Quadratmeter Miete kosten sollen bzw. werden. Mit dem selben Geld lässt sich an anderer Stelle in der Stadt (wir geben gerne Hinweise wo) mehr Wohnraum schaffen, der ja dringend benötigt wird. Vom NH-Geschäftsführer und ehemaligen Baudezernenten der Stadt Wiesbaden Prof. Dr. Pös (FDP) und der NH-Aufsichtsratsvorsitzenden Staatsministerin Priska Hinz (GRÜNE) erwarten wir soviel Ortskenntnis, dass sie nicht die bisherigen Pläne der NH weiterverfolgen, sondern dass Votum von mehreren tausend Wiesbadener BürgerInnen und Bürgern, darunter zahlreichen hochkompetenten Fachleuten, ernst nehmen.

Erst recht nachdem für das städtische Grundstück Wilhelmstraße Nr.1 eine Hotelbebauung beschlossen wurde, ist das Alte Gericht d e r Ort für ein Stadtmuseum. Die unterirdische, "grottenschlechte" und einer Landeshauptstadt unwürdige, angebliche "Zwischenlösung" im Marktkeller haben wir (als einzige Fraktion) abgelehnt, ohne zu ahnen, dass schon starke Regenfälle eine geplante Eröffnung dieses "Provisoriums" vor der Kommunalwahl unmöglich machen.

Die Nutzung des Alten Gerichts als Stadtmuseum haben wir bereits vorgeschlagen, als die anderen Fraktionen immer noch darauf hofften, dass die "Hängepartie" mit der EBS ein positives Ende finden könnte bzw. später die Mehrheit auf ein "Mietmodell" mit der OFB für eine "Ausstellungshalle" setzte, das uns über 70 Millionen € gekostet hätte.

Der zuständige Ortsbeirat stimmte seinerzeit mit Mehrheit auch einem Antrag des Vertreters der LINKEN zu, das Alte Gericht als Stadtmuseum vorzusehen. Die CDUSPD-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung bekam allerdings leider die Unterstützung für den "Letter of Intent", der vorsieht, dass die Stadt Wiesbaden die Planungen für eine Wohnnutzung des Alten Gerichts auch noch mit 2,5 Millionen € aus der Stadtkasse unterstützt. Dieses Geld könnte - zusammen mit dem Landeszuschuss von 5 Millionen € für ein Museum, das nassauische Altertümer präsentiert - dagegen sinnvoll als "Startkapital" für ein "Haus der Stadtkultur" mit Stadtmuseum verwendet werden.

Die immer wieder vorgetragenen Gründe, warum kein Stadtmuseum im Alten Gericht eingerichtet werden könnte (Deckenhöhe von über 5 m, viele kleine Räume), haben sich jetzt in Luft aufgelöst. Für die geplanten hochpreisigen Wohnungen sollen die Decken auf die für Wohnungen übliche Höhe von etwas über 2 m abgehängt und die Raumzuschnitte massiv verändert werden. Um die teuren Wohnungen an der Gerichtsstraße überhaupt vermarkten zu können, sei das Anbringen von Balkonen zwingend notwendig, wurde seitens der

Vertreter der NH erklärt. Diese geplante Verschandelung eines bedeutsamen Kulturdenkmals wirft ein bezeichnendes Licht auf die sich um die Anerkennung als Weltkulturerbe bewerbende Stadt Wiesbaden.

Die Konsequenz ist für die LINKE in Wiesbaden und ihre Stadtverordneten: Wir werden uns weiterhin für eine kulturelle Nutzung des Alten Gerichts und die öffentliche Zugänglichkeit dieses Kulturdenkmals einsetzen und gegen eine Verschandelung sowie private, kommerzielle Nutzung dieses Kulturdenkmals.

Dass wir auch weiterhin die Zeichnung der Petition der Initiative HDSK unterstützen und hierfür werben, versteht sich von selbst. Wer Mechthilde Coigné (Platz 2), Brigitte Forßbohm (Platz 3) und mich kennt, weiß, wofür wir stehen.

Mit solidarischen Grüßen

Hartmut Bohrer (Platz 1 der Liste der LINKEN zur Stadtverordnetenwahl am 6. März 2016)

Stellungnahme Piraten

Sehr geehrter Herr Prof. Kluge,

zur Unterstützung von Initiativen aus der Bevölkerung haben die PIRATEN openantrag.de geschaffen.

Ihre Präsentation wirft drei Thesen auf:

- die Stadt Wiesbaden hat mit dem Land Hessen bislang nicht über eine eigene Verwertung verhandelt
- das Alte Gericht könnte für 1,- EUR übernommen werden
- die laufenden Kosten eines Stadtmuseums könnten weitgehend durch eine Zusammenlegung der schon jetzt bestehenden Strukturen dargestellt werden

Dies vorausgesetzt unterstützen die PIRATEN

- Verhandlungen über Erwerb/Nutzung durch die Stadt Wiesbaden
- Vorbereitende Planung eines Nutzungskonzeptes

Wir möchten jedoch vermeiden, dass überfällige Investitionen im Bildungsbereich (Kitas, Schulen) hierdurch ins Hintertreffen geraten.

Ihre Einschätzung, dass das Quartier durch eine öffentliche Nutzung gewinnen würde, teilen wir. Der Vergleich mit dem verworfenen Neubauvorhaben an der Wilhelmstraße hinkt allerdings etwas. Hier bewegten sich die Zahlen anfangs in vergleichbarer Höhe. Erst im weiteren Verlauf ergaben sich ständig höhere Projektkosten.

Wir können uns ein Haus der Stadtkultur und Stadtgeschichte im Alten Gericht grundsätzlich gut vorstellen. Ein griffigerer Name wäre vielleicht von Vorteil.

Mit piratigen Grüßen

Jörg Sobek

--

Piratenpartei Deutschland

Kreisverband Wiesbaden

Postfach 4602

65036 Wiesbaden

Kreisverband www.piratenpartei-wiesbaden.de

Kommunalwahl www.pirathaus.de

Stellungnahme ULW

-----weitergeleitete Nachricht-----

Von: "Christoph von Küster" [vonkuester@freenet.de]

Gesendet: Di. 16.02.2016 11:15

An: info@altesgericht.de

Betreff: Ihr Wahlprüfstein vom 15.2.2016

Sehr geehrter Herr Prof. Kluge,

selbstverständlich unterstützt die ULW Ihren Vorschlag für ein Moratorium bis zur Wahl und Ihre Forderung nach einer breiten öffentlichen Diskussion über die Zukunft des Gebäudes.

Bereits jetzt haben Veit Wilhelmy und ich die Petition Ihrer Initiative unterzeichnet. Nach der Wahl wird die Initiative "Altes Gericht" in uns im Rathaus verlässliche und engagierte Mitstreiter finden. Wir haben eine kulturelle und öffentliche Nutzung des Gebäudes zu einem unserer Wahlziele erklärt und werden Sie nicht enttäuschen.

Nach der bahnbrechenden Veranstaltung am gestrigen Abend kann das Projekt eigentlich nur noch ein Erfolg werden. Es lohnt sich, gemeinsam dafür einzutreten!

Daran glaubt jedenfalls

Ihr

Christoph von Küster
Hattenheimer Straße 3
D-65197 Wiesbaden

Tel.0611-5325835
vonkuester@freenet.de

www.ulw.online

-----weitergeleitete Nachricht Ende-----

Stellungnahme SPD



Initiative „Altes Gericht“
Prof. Franz Kluge
Cheruskerweg 31
65187 Wiesbaden

Dennis Volk-Borowski
Vorsitzender
SPD-UB Wiesbaden

Fon: 0611 – 9999 10
Fax: 0611 – 9999 160
ub.wiesbaden@spd.de

26.02.2016

Wahlprüfstein der Initiative „Altes Gericht“

Sehr geehrter Herr Kluge,
sehr geehrte Mitglieder der Initiative „Altes Gericht“,

vielen Dank für die Übersendung des Wahlprüfsteins, mit dem sie uns die Möglichkeit geben unsere Position noch einmal darzulegen.

Die Bürgerinitiative „Haus der Stadtkultur im Alten Gericht“ fordert, umgehend eine öffentliche Diskussion über die Zukunft dieses Gebäude zu eröffnen und eine Bürgerversammlung dazu einzuberufen.

Eine breite öffentliche Diskussion über die Zukunft des Gebäudes hat bereits Jahre vor Gründung der Initiative „Altes Gericht“ begonnen, sie muss also gar nicht erst eröffnet werden. Die ehemaligen Gerichtsliegenschaften in der Moritzstraße/Gerichtsstraße stehen nach dem Auszug der Gerichte im Jahr 2009 leer. Eine Nachnutzung des Areals durch die neu gegründete Law School der EBS – Universität für Wirtschaft und Recht, für die bereits ein Erbbaurechtsvertrag geschlossen worden war, konnte sich ebenso wenig realisieren lassen wie ein im Jahr 2013 erwogenes gemeinsames Konzept der EBS und der Hochschule Fresenius zur Nutzung des Areals als gemeinsamen Hochschulcampus. In den letzten Jahren ist auch schon öfter die Idee einer Unterbringung des Stadtmuseums in den Räumlichkeiten des Gerichtsgebäudes an der Moritzstraße ins Gespräch gebracht worden. Einer öffentlichen Diskussion wird also ganz sicher nicht vorgegriffen.

Alle drei Partner der oben genannten Absichtserklärung (das Land Hessen, die Landeshauptstadt Wiesbaden und die Hochschule Fresenius), verständigten sich auf eine gemeinsame Entwicklung des Areals. Der Hochschule war es wichtig, nicht neben eine „Brache“ zu ziehen. Der Eigentümer der Immobilie, das Land Hessen hat diesem Wunsch Rechnung getragen und die Wohnnutzung ins Spiel gebracht. Die vom Land beauftragte öffentliche Wohnungsbaugesellschaft „Nassauische Heimstätten“ erhielt den Zuschlag.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass die Nassauischen Heimstätten z.Zt. gemeinsam mit dem AK Kreativwirtschaft der IHK ausloten, ob bestimmte, für die Wohnnutzung eher schwierig herzustellende Gebäudeteile, mit und für die Kreativwirtschaft genutzt werden können. Eine solche teilöffentliche Nutzung – auch für Kulturschaffende – unterstützen wir.



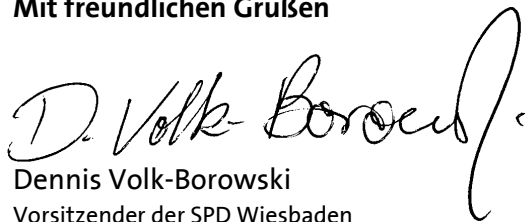
Eine finanzielle Beteiligung der Stadt ist zwar ein charmanter, aber für uns nicht gangbarer Weg. Die Kosten für Sanierung und Nutzung des Gerichtsgebäudes gehen von etwa 19 Millionen Euro (so die Schätzung der EBS) aus, erste baufachliche Untersuchungen gar von deutlich über 20 Millionen Euro. Da Investitionsmittel nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen und bereits jetzt nicht für alle notwendigen Maßnahmen ausreichen wird die SPD weiterhin ihre Priorität auf den Schulbau legen und nicht eine Landesimmobilie sanieren.

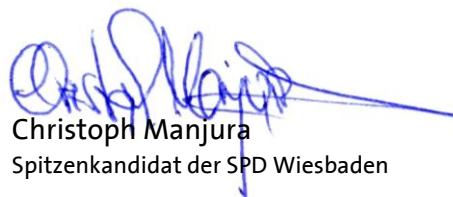
Die aktuellen finanziellen Herausforderungen für den städtischen Doppelhaushalt lassen keinen Spielraum, die Immobilie zu erwerben und vor allem nicht, diese als Stadt komplett zu betreiben. Es steht der Initiative jedoch frei selbst auf das Land zuzugehen, mit dem Ziel das angedachte Konzept eigenverantwortlich umzusetzen. Diesem Weg würden wir uns als SPD Wiesbaden auch nicht entgegen stellen.

Oberbürgermeister Sven Gerich hat – um überhaupt einen Ort der Stadtgeschichte zu realisieren – als Provisorium den Marktkeller ins Gespräch gebracht und wir sind überzeugt davon, dass dies zunächst (nach Behebung des Wasserschadens, den wir als Eigentümer des Marktkellers sowieso hätten beseitigen müssen) eine gute Lösung ist.

Sollte sich das begrüßenswerte bürgerschaftliche Engagement für das Alte Gericht – etwa in Form einer Stiftung – in einem eigenverantwortlichen Erwerb und einer Sanierung des Gebäudes manifestieren, lässt sich mittel- bis langfristig sicherlich als Stadt überlegen, einen Teil des Gebäudes für ein Stadtmuseum anzumieten.

Mit freundlichen Grüßen


Dennis Volk-Borowski
Vorsitzender der SPD Wiesbaden


Christoph Manjura
Spitzenkandidat der SPD Wiesbaden